

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Verleger: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.  
Telegraphische Anstalt: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zulassung unter Briefband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten für die Abholung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

## Berliner Organ

Inserate kosten die nebengefaltene Millimeterzeile über deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das selbige 20 Pf. Jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Verammlungsankündigungen von Gemeinlichen und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgen-Ausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

## der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Donnerstag, den 28. November 1918

Nummer 24

# Das Auswärtige Amt als Friedensstörer.

### Weg mit den Kompromittierten!

München, 27. November (M. T. B.). Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Vom Ministerium des Auswärtigen wurde nachstehendes Telegramm gestern abend an den bayerischen Botschafter in Berlin zur Übermittlung an das Auswärtige Amt geschickt:

Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Reiches, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzubrechen.

Kurt Eisner.

Der bayerische Botschafter in Berlin, Dr. Müller hat in Uebereinstimmung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten dem Rat der Volksbeauftragten folgendes Telegramm geschickt:

Es hat sich gezeigt, daß die führenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes immer noch vom Geiste des alten Systems beherrscht sind und so, getreu den Methoden dieses Systems, im höchsten Maße die Interessen Deutschlands schädigen. Unsere Lage ist augenblicklich so, daß wir, verfaßt und die Entente ihre Verhältnisse in kürzester Zeit in den Abgrund einer fürchterlichen Hungersnot verfallen. So ist es dringend geboten, daß die Entente mit Männern verhandelt, die nicht mit dem Makel des alten Systems behaftet sind, und denen sie volles Vertrauen entgegenbringen kann. Daß die Entente nicht an eine Vereinigung des deutschen Volkes denkt, zeigt die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, uns mit Nahrungsmitteln zu versehen. Um so reichlicher wird aber sicherlich diese Beihilfe fließen, je mehr die führenden Männer Deutschlands Vertreter eines neuen, vertrauenswürdigeren Geistes sind, und aus dem Gesichtspunkt aus betrachtet, wie der Rücktritt der Vertreter einer Zeit verstanden, über die ein fürchterlicher Mißbrauch schon geschehen ist. Sollte diesen Vorstellungen kein Gehör geschenkt werden, so wird die bayerische Regierung die Beziehungen zum Auswärtigen Amt abbrechen.

Kur Note Eisners wird uns von Robert Scheuer, Minister des Auswärtigen in Berlin, geschrieben:

Der Abbruch der Beziehungen des bayerischen Ministerpräsidenten zum gegenwärtigen in Berlin noch immer regierenden alten System im Auswärtigen Amt war die einzige mögliche Antwort auf die konterrevolutionäre Note Solle und Erzberger bei der Reichskonferenz auf den Verzicht des Großes des Volkes nach wie vor von den Trägern des Systems auf das Ausland abzusehen. Jetzt muß man sich klar sein, was auf dem Spiel steht, und ob es auf diese Art noch länger gelingen wird, auf Kosten des Friedens, der kommen soll, Ruhe „christlicher Entrüstung“ in die Welt zu tragen zu lassen. Möge man doch den auf der Konferenz vom bayerischen Ministerpräsidenten geäußerten Rat befolgen, dann wollen wir sehen, ob immer noch das Ausland, wenn neue unbelaubte Männer vor ihm stehen, die schwierigen Bedingungen aufrechterhält. Jetzt sind es noch die alten Vertreter — die nur das erfahren, was 1870 die Franzosen von Bismarck erfuhren. Hier ist die Gefahr für uns, die viel größere Gefahr, als die, welche aus dem angeblich drohenden Bolschewismus entstehen soll.

Es muß doch einmal gesagt werden: Merken wir denn auch hierbei nicht die gegenrevolutionäre Note? Merken wir noch immer nicht, daß mit List und Tücke die gleiche Kurde vor den russischen Behörden großgezogen wird, um weitestehende Volksteile nur ja vor einem unweiten Abweichen nach links zu bewahren und so sie unmerklich dem Ruder der rechts empfänglichen zu machen.

Die bayerische Regierung und damit als ihr Vertreter die bayerische Botschaft (ausdrücklich betonte das Eisner noch auf der Reichskonferenz) bekennet sich mitzuteilen zu den bolschewistischen Prinzipien.

Aber gerade darum muß betont werden, daß das, was

tatsächlich an die Wand gemalt wird, ein Ding ist, dessen Werdenmöglichkeit überhaupt nicht in Frage steht. Kommt der Hunger, so bringt er uns manches — immer aber noch anderes, als er Ruhm brachte. Selbst wenn wir alles glauben wollten, was wir vom russischen Bolschewismus erfahren haben — und vieles ist zu glauben —, so muß man immer sagen: Alle und alle Grundlagen sind anders in Deutschland, wirtschaftliche wie politische.

Also wenden wir uns gegen die Reaktion des Militarismus statt gegen den von jener Reaktion hingeleiteten Goyau des Bolschewismus.

Sehen wir es ein und läche es die Entente ein, wo der Feind nach wie vor steht. Wenn die Entente wirklich sich vor dem bolschewistischen Geist fürchtet, heißt es für sie einzeln und allein: läßt Lebensmittel — und nicht: wenn bolschewistische Zustände herrschen also die Kolosse der Nahrungsmittel, dann halten wir die Lebensmittel zurück.

Und wir in Deutschland müssen auch alle die Nachrichten über Entente-Entschlüsse mit Vorbehalt aufnehmen.

Es handelt sich entweder um die deutsche Reaktion direkt, die Kolonialmeldungen verbreitet (so offenbar über die Vorgänge in Trier und Aachen), oder indirekt um in diesem Sinne von der Reaktion durch unachverliche Nachrichten beeinflusste Ententestellen. Am besten aber als lauben wir einfach nicht, daß die maßgebende Entente die militärische Reaktion gegen die Kräfte, die diese im Innern zerstückelten, unterstützt. Und wir haben darüber hinaus direkte Nachrichten, daß man drüben in dieser richtigen Erkenntnis mit jeder radikalen Reaktion verhandeln will, eben nur nicht mit dem — Sämen des Bolschewismus.

Sagen wir also unserem Volk: Nicht, wie Herr Solle glauben machen will, das Ausland, sondern unsere alten Feinde sind die Schuldigen gewesen. Und nicht die Bolschewisten, sondern die alten heillosen Träger früheren Geistes sind es heute, denen dieses Ausland die schwierigen Verhandlungsgrundlagen bietet.

Sagen wir es auch dem Ausland: Wir wollen heute nur auf der Basis des Vertrauens verhandeln — schenkt ihr es uns, nachdem wir die alten Träger des Systems weggesetzt haben, so ist es gut, wenn nicht so sind wir machtlos — wir wollen nicht mehr „verhandeln“, mit diplomatischer Technik und Finessen, sondern wir wollen uns offen und vorbehaltlos auch gegenüberstellen. Vertrauen dem deutschen Volk und hindert nicht unsere endgültige Befreiung von dem, unter dessen Last ihr selbst alle die Jahre hindurch niedergedrückt feuchtet, indem ihr laut: „Deutschland ist auf dem Wege zum Bolschewismus.“ Seht auch ihr, so sagen wir den Männern der Entente, was an dieser Aufmachung Werk der Gegenrevolution ist. Und unterstützt diesen Bolschewismus, wenn ihr ihn nun schon fürchtet, nicht gerade durch das, was ihr Maßnahmen gegen ihn sein lassen wollt: Durch Zurückhalten der Lebensmittellieferungen! Schenken wir es aber auch unserem eigenen Volk!

### England lehnt Erzberger und Solle ab.

Berlin, 26. November. Die Zentralkommission meldet: Erzbergers Angebot einer Untersuchung über die Völkerverleumdungen an englischen Kriegsgefangenen beantwortet ein Funkpruch der englischen Station Carnarvon mit folgenden Worten: „Kein Staat der Verbündeten traut Erzbergers Wort. Die Verbündeten können dieses Angebot nicht annehmen. Wir haben schon in vielen Berichten niedergelagt — und die ganze Bevölkerung ist dazu entschlossen — daß schuldige Personen bestraft werden. Es ist eine wertwürdige Tatsache, daß die neue deutsche Regierung als Ober der Auslandspropaganda Erzberger und Solle erwählt hat. In früheren Tagen drückte Erzberger seine Verehrung für die ganze Politik der preussischen (verkauft) aus. Solle, der jetzt täglich über die Streuge der Waffenstillstandsbedingungen jammert, erklärte: „Gegen England kämpfen wir, um Beute zu machen.“

### Sammlung und Klärung.

Der Aufruf der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie kauft Klarheit über die Stellung unserer Partei zur Frage der Nationalversammlung. Der Aufruf spricht sich grundsätzlich für die Einberufung der Nationalversammlung aus, fordert aber, daß vorher „alle technischen und politischen Voraussetzungen“ erfüllt sein müssen, die die Wahlen für die Konstituante zum wirklichen Willensausdruck des aufgeklärten Volkes machen sollen.

Diese Stellungnahme der Parteileitung wird dazu beitragen, eine einheitliche Front unserer Parteigenossen auch in dieser Frage zu schaffen. Es kann ruhig ausgesprochen werden, daß die Anschauungen über die Frage der Konstituante in den Reihen unserer Partei noch auseinandergehen. Der einmütige Schrei der bürgerlichen Parteien, auch der am weitesten rechts stehenden, nach der Konstituante und der Eiler, mit dem die Mehrheitssozialisten diesem Ruf entgegenzukommen bestrebt sind, hat die Massen ruhig gemacht. Sie entsinnen sich der Rolle, die die französische Nationalversammlung nach der Niederwerfung des Pariser Kommunismus gespielt hat, und sie fürchten, daß eine deutsche Nationalversammlung eine ähnliche gegenrevolutionäre Haltung einnehmen und das Proletariat um die Früchte seines Sieges betrügen könnte. Sie sehen auch das unabweidliche Bestreben der kapitalistischen Massen, der Revolutionsregierung, unter Verletzung auf das alleinige Recht der Konstituante, Erbe zu erlassen, die Kompetenz zu einseitigenden sozialistischen Maßnahmen zu bestreiten. Sie sehen sich deshalb, in ihren aktiven Teilen, dem Gedanken anmaßlich, daß das Proletariat die politische Macht allein in der Hand behalten müsse, um kraft seiner Gewalt die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische zu verwandeln.

Diese Stimmung ist aus der durch die Revolution geklärten Lage heraus berechtigt. Sie gibt dem tiefen Mißtrauen Ausdruck, das in den geknechteten, ausgebeuteten Massen gegen ihre Ausbeuter, wie gegen die Freunde und Bundesgenossen dieser Ausbeuter lebendig ist. Aus dieser Stimmung heraus erhebt sich die völlige Ablehnung der Konstituante gradliniger, konsequenter, tatkräftiger. Aber die Partei kann sich ihre Taktik nicht von Stimmungen, mögen sie noch so populär sein, vorzeichnen lassen. Sie hat vielmehr die Pflicht, unter Festhaltung ihrer ständigen vertretenen Grundsätze, die unter den gegebenen Verhältnissen zweckmäßigste Taktik zu wählen, die mit dem geringsten Aufwand an Kräften das größtmögliche Ergebnis zu zeitigen vermag. Sie hat die Pflicht, eine Taktik einzuhalten, die sich nicht in leichtem Gedankenänderung über die Wirklichkeit hinwehrt, sondern mit den unerbittlichen Realitäten des Lebens rechnet, die nur durch zielbewusste, harte Arbeit im Sinne des revolutionären Sozialismus überwunden werden können.

Wie ist die jetzige Lage? Das deutsche Proletariat hat die politische Macht in einem Augenblick errungen, in dem das Land einem Trümmerhaufen gleicht und das furchtbare Erbe des Krieges zu liquidieren ist. Es muß sich, nach dem völligen Bankrott des bisherigen Systems, in Waffenstillstandsbedingungen fügen, die einen schweren Schlag für das politische und wirtschaftliche Leben des Landes bedeuten. Es muß die Volksernährung sicherstellen unter Bedingungen, wie sie drückender in keinem Lande, zu keiner Zeit gewesen. Es muß die Kriegs- in die Friedenswirtschaft überführen bei völligem Mangel wichtiger Rohstoffe, abgebrochen vom Weltmarkt, überflutet von den Millionen, die schnell von der Front zurückgeführt werden müssen. Es muß, mit einem Worte, an seine aufbauende, gemeinwirtschaftliche Arbeit schreiten in einem Augenblick der größten Krise der Produktionskräfte und zugleich der höchsten Anforderungen, die an seine organisatorische Arbeit gestellt werden.

Hier kann natürlich nicht die Parole gelten: Stellen wir unsere sozialistischen Forderungen zurück, einigen wir uns mit dem Bürgertum, warten wir auf einen günstigeren Augenblick für die Durchsetzung des Sozialismus! Ein solcher Standpunkt wäre ein Verrat am Sozialismus und an der Revolution.

Über demio darf eine Parole nicht gelten, die leichten



# Verammlung der Arbeiter-Räte Groß-Berlins.

## Die wirtschaftlichen Fragen.

Die Arbeiter-Räte von Groß-Berlin trafen am Mittwoch in den „Germania-Sälen“ zu einer Beratung zusammen. Die Tagesordnung lautet: Die wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Betriebe und die Stellung der Unternehmer. Genosse Emil Barth führte als Referent aus:

Nachdem das Proletariat die politische Macht erobert hat, muß es selbstverständlich an die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung gehen. Doch dabei im revolutionären Kampfe nicht die Mittel über das Ziel hinausgeschossen wird, ist in diesen Stunden der Erregung verständlich. So darf es aber nicht weitergehen.

### Schwierigkeiten der Ernährung

Das Kriegsernährungsamt hat nach dem Ausdruck seines eigenen Leiters Panzerzuchtspolitik eingeschlagen. Die Kohlenförderung im Rheinland ist um ein Drittel zurückgegangen. In Oberdeutschland haben die Bergarbeiter die Arbeit aus national-politischen Gründen verweigert, wodurch ihre Forderung... auf 35 Mark Tageslohn bewilligt worden sind. Die Demobilisation erfordert das gesamte Material. Sind doch 8 Millionen Soldaten aus dem Rhein in die Heimat zu befördern und die Kameraden im Rhein landen zu lassen, in den Schneefeldern umzukommen, wenn ihnen nicht Lebensmittel fehlen. In einer besonders schwierigen Lage befindet sich besonders die Madagassische Kolonie. Da ist es unsere Pflicht, alles zu tun, um die enormen Schwierigkeiten nicht durch Bekämpfung der Produktion noch zu vergrößern. In demselben Sinne kommt man bei Betrachtung der inneren Verhältnisse.

### Freie, Arbeit, Brot

Die wichtigsten Probleme der Gegenwart. Darauf müssen die Arbeiter Räte sich nehmen. Es ist nicht immer möglich, in allen Arbeitszweigen gleichmäßig den Arbeitenden zu gewährleisten, wenn nicht die Kleinrenten Schäden werden. Man denke an die Zweige des Ernährung- und Sanitätswesens und an die Landwirtschaft. Wir, die Arbeiter, müssen hierherkommen, wenn es nicht in kurzer Zeit die freigeschaffenen Arbeitskräfte der Kriegsgesangenen zu ersetzen. Dadurch ein enormer Verlust an Arbeitskräften und Mäßen eingetreten ist. Wir werden durch organisierten Kampf unsere wirtschaftlichen Interessen durchsetzen. Die Zeit ist nicht nur auf 8 oder 9 Stunden, sondern noch weiter herabzusetzen, um bei dem Mangel an Rohstoffen allen Arbeitern die Möglichkeit zu geben. Ränge der Arbeiter treffen sich nicht den Kapitalisten, sondern die Sozialisten. Das vorhandene Material ist leider viel geringer als zunächst angenommen wurde. Am Ende von 8 Monaten, bis es endlich ankommen sollte, ist nach den neueren Schätzungen nur noch ein Drittel vorhanden. Die Produktion um 25 Prozent zu senken ist als in der Friedenszeit für uns, und doch können wir die Produktion anheben. Die Produktion wird durch die in verschiedenen Branchen vorhandenen Produktionsmittel, Maschinen, Werkzeugen, wenn die ersten Voraussetzungen dafür vorhanden sind: Kohle, Nahrungsmittel und

### Der Welt der Solidarität

Unter der Arbeiterklasse. Jeder muß sich organisieren in das sozialistische Gebäude einfügen. Wer jetzt als Arbeiter nur sein eigenes Interesse im Auge hat, der kämpft gegen die sozialistische Revolution. Wer in der Revolution eine Rolle spielen will, muß die großen Aufgaben der Sozialisten nicht vergessen (siehe: Weltall). Der Arbeiter muß die Umgestaltung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische Form nicht mit einer Lohnbewegung verknüpfen werden. (siehe: Weltall) Die Einigung des Kapitals kann nicht das Ziel sein und kann nicht einzelnen überlassen bleiben. Wir müssen, wie wir die organische Einordnung der Arbeiter verstehen, müssen wir natürlich auch die der Unternehmer verstehen. Jede Selbsttätigkeit des Unternehmers wird mit Rücksicht auf die Produktion der Arbeiterklasse beantwortet werden.

### Gefahr eines Generalstreiks

Wir zwar formell sich auf den Boden der neuen Regierung gestellt, sind aber Maßnahmen gegen die Revolution unternommen haben. In London ist sogar bei Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrats Blut vergossen. Dort stehen wir auch noch in London. Wir werden schließlich alle verstehen, die verstanden sollten, eine Generalrevolution anzustreben. (siehe: Weltall) Anknüpfung der Vorgänge im Westen hat das Kabinett gestern beschlossen, daß die

### Oberste Heeresstellung

von Kassel nach Berlin kommt. General v. Metzsch hat die Disposition gestellt und den Militärbehörden mitgeteilt, daß das Tragen roter Binden und Abzeichen als Zeichen der sozialistischen Republik den Soldaten erlaubt ist. Die Oberste Heeresleitung hat den Armeen den Befehl gegeben, die Arbeiter- und Soldatenräte anzuerkennen. Wenn wir, nach dem geschlossenen und allseitig bereit stehen, gegen die Revolte der Revolution, dann werden wir dank unserer Macht auf dem Wege zum Sozialismus über all die kleinen Schmeicheleien, die uns jetzt betrüben, hinwegkommen. (siehe: Weltall) Ein Delegierter von Kiel berichtet die Grüße der Arbeiter und ermahnt, auf der Wacht zu sein, die Früchte der Revolution zu sichern.

### Das französische Proletariat zum Waffenkampf.

Wern, 28. November. Laut „Populaire“ fand Sonntagabend in Paris im Cirque d'iver eine große Versammlung der Confédération Générale du Travail zur Feier des Abchlusses des Waffenstillstandes statt. Über 10000 Arbeiter nahmen daran teil. Mehrere tausend Arbeiter mußten abgewiesen werden. Douhaux verlas sein Programm zur Beendigung des Krieges und zur definitiven Wiederherstellung des Friedens. Er nahm Stellung gegen jede territoriale Annexion und verlangte Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker im Rahmen des Völkerbundes und forderte, daß die Arbeiterorganisationen Frankreichs das Recht erhielten, die wirtschaftliche Organisation des Landes zu kontrollieren. Mehrere in rühmliche Weise überbrachten Gruß an das deutsche Proletariat. Das französische Proletariat müsse die Worte des deutschen Proletariates beantworten, sonst werde die deutsche Revolution wie vorher der russischen folgen.

Nach der Regierung muß sich stützen auf die Arbeiter- und Soldatenräte der Marine und des ganzen Heeres. Wir stehen jederzeit der sozialistischen Regierung zur Verfügung, um eine gegenrevolutionäre Bewegung zu unterdrücken. (siehe: Weltall)

Da bereits 80 Wortmeldungen vorliegen, wird die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt.

Nachdem vom Reichsverband der deutschen Presse spricht die Solidarität der Journalisten mit der Arbeiterbewegung aus. Die Sozialisierung der Wirtschaft könne nur allmählich durch Entwicklung einleiten.

Wesche von den Eisenbahnen weist auf die erreichte Verbesserung der bisher bedauerndsten Lage der Eisenbahner hin, die ohne Arbeitslosigkeit erzielt wurde.

Man tritt für eine Verbrüderung der beiden sozialdemokratischen Parteien ein. Er findet teilweise Zustimmung und Ablehnung.

Schäfer als Delegierter des Arbeiterrats in Leipzig begrüßt die Versammlung und erklärt: Die Leipziger Arbeiter sind mit der Tätigkeit des Volksgenossen auf wirtschaftlichem Gebiete nicht einverstanden. Wir haben die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter nicht den Gewerkschaften übertragen (Gravo). Jedem erlaubigen selbstständig die politischen und wirtschaftlichen Fragen. Die Gewerkschaften arbeiten natürlich mit nach unseren Anweisungen. Unser Arbeiterrat besteht nur aus Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Die Umstellung des Wirtschaftslebens haben wir bereits begonnen. Schon vom 15. November ab durfte Rohmaterial für die Kriegswirtschaft nicht mehr eingeführt werden. Vom 30. November ab darf keine Kriegsarbeit beschickt werden. Nun erhalten wir täglich Anweisungen vom Berliner Ministerium, daß die Kriegsarbeit als Notwendigkeit fortzuführen sei. Das wenige Rohmaterial muß, unserer Meinung nach, aber für produktive Zwecke und Verkehrsmittel verwendet werden. So haben wir unsere Bekleidungsämter ihres militärischen Zweckes entleert, wogegen sich wieder das Kriegsministerium in Berlin wandte, da die Arbeiten der Komter für die kommende Kriegsjahre seien.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion wurde wiederholt darauf protestiert, daß den Gewerkschaften die wirtschaftliche Interessenvertretung übertragen worden sei. Dadurch seien die im Prozesse befindlichen Verhandlungen der Arbeiterräte mit den Gewerkschaften unterbrochen und die Arbeiterräte als nicht verhandlungsfähig von den Unternehmern abgelehnt worden. Des weiteren nähmen mehrere Redner gegen bestimmte Gewerkschaftsführer entschiedene Stellung, insbesondere gegen den Reichsverband der Metallarbeiterverbände, Adolf Lohse, der erklärt, daß er sich von der neuen Regierung seine Vorrechte machen lasse. Es wurde ferner berichtet, daß die Umstellung des Produktionsprozesses auf die Kriegswirtschaft gerade bei den Unternehmern auf Widerstand stößt. So wurde einem Direktor der Schwarzpulverfabrik berichtet, daß auf Grund des Arbeiterrats ein Reparatoren von Eisenbahnen bemüht, von einem Geheimrat des Ministeriums erklärt, daß dafür die Eisenbahnwerkstätten besetzen, und neue Lokomotiven brauche das verkleinerte Deutschland nicht. Der Bau von Turbinenbooten solle, so wurde von der Direktion erklärt, nach der Umstellung der Regierung fortgesetzt werden.

Mag Cohen sprach für eine Verständigung mit den Gewerkschaften. Als er erklärte, daß die Gewerkschaften den neuen Organen der Arbeiterräte Konzessionen machen würden, erschallte von allen Seiten lärmlicher Widerspruch und Aufruhr: Das genügt nicht! Redner ermahnte die Versammelten ihre an sich durchaus berechtigten Forderungen im Interesse des Produktionsprozesses, der seinen Augenblick jetzt stillhalten dürfte, hinhinzuhalten. Weiter teilte er mit, daß die Differenzen zwischen Generalität und Arbeiter- und Soldatenräten im Westen erledigt seien. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Bannow sei bereits freigelassen. Die Entlassung des Generals Eberhart sei der in Frage kommenden Dienststelle überwiesen.

Darauf wurde die Diskussion geschlossen. Es sind noch 26 Redner eingetragener.

Das Schlusswort hält Genosse Richard Müller. Dem Volksgenossen haben die Leipziger Genossen keine Anweisungen erhalten. Andererseits ist es nicht möglich, sämtliche Abteilungen in den Ministerien in uns zu befehlen. Allein das Kriegsministerium hat 40 Abteilungen und 1000 Unterabteilungen. — Es gibt keine andere Herrschaft, der wir die Regelung der Wirtschaft übertragen könnten als den Gewerkschaften. Die Arbeiterverbände, die die erste Bekanntmachung verursacht hat, sind jetzt bereit. Die Arbeiterräte haben jederzeit das Recht, selbständig Verhandlungen mit den Unternehmern anzuknüpfen. Wenn diese scheitern, sollen die Gewerkschaften angewandt werden, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Arbeiterräte sollen gleichberechtigt mit den Betriebsleitungen gemeinsam den Betrieb leiten. Die Aufwandsentschuldungen der Arbeiterräte trägt das Unternehmertum. Die Gewerkschaften können nicht einfach ausgeschaltet werden. Das Ministerium der Arbeiter rücht sich ja auch nicht gegen die Gewerkschaften an sich als vielmehr gegen die Führer. Aber auch diese können wir nicht entbehren.

Wir müssen mit der Notwendigkeit rechnen, Arbeitslose aus Industriegebieten in Gebiete zu entsenden, wo Arbeit der Erzeugung harzt, natürlich gegen entsprechende Entschädigung und Unterstützung der Familien. Unsere Pflicht ist es, wofür wir unser großes Wort verwenden, die Produktion planmäßig zu organisieren. Dabei müssen die kleineren Interessen einzelner dem Allgemeininteresse untergeordnet werden. (siehe: Weltall)

Wegen wenige Stimmen wird auf Antrag Neumann beschlossen, der Berliner Gewerkschaftskommission einen gleichartigen Ausschuss beizugeben, die gemeinsam die erörterten Verhandlungen führen sollen. Die Vor schläge für die Mitglieder des Ausschusses zu machen, wurde der Kommissionskommission übertragen. Mit einem dreifachen Dank auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie wurde die Versammlung nach mehr als sechsständiger Dauer geschlossen.

Berchard erhob Einspruch gegen die ungerechtfertigten Verhaftungen von Sozialisten, betonte, daß die Zukunft der revolutionären Bewegung gehöre und forderte ein fröhliches Auftreten des Proletariats. Nach Schluß der Versammlung marschierten um 11 Uhr abends geschlossen Trupps nach der Place de la République, wo die Internationale gesungen wurde.

### Um Wilhelm.

Das Auslieferungsgeschäft der Entente wird immer dringender. Nach einer Meldung des „Paris Temps“ hat die Kommissionsmission zur Prüfung der Schuldfrage am 28. November in Versailles beschlossen, der großen Entente-Konferenz den Antrag zu unterbreiten, ein Auslieferungsgeschäft gegen den früheren deutschen Kaiser an die holländische Regierung zu richten. „L'Homme Libre“ geht weiter und fordert die Auslieferung von Ludendorff, Treppe, Cavalle, General Hoffmann, Falkenhahn, Conrad von Hörsing sowie des Kaisers und des Kronprinzen. Die neutralen Staaten sollten von der Auslieferung zurückgehalten werden.

## Der Berliner Soldatenrat gegen Holt.

Ähnlich wird mitgeteilt: Der Volksgenoss hat dem Rat der Volksgenossen ersucht, 1. schleunigst zu veranlassen, daß Herr Holt aus seiner Stellung ausscheidet; 2. unter Ausübung von Mitgliedschaft des Volksgenossen für die Befehlsgewalt und Bewachung aller die auswärtigen Angelegenheiten und aller das politische Regierungssystem betreffenden Akten unverzüglich Sorge zu tragen.

## Der Münchener Soldatenrat gegen eine Regierung mit Erzberger, Soli und Scheidemann.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der Volksgenossenschaft des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates München hat nachfolgendes Telegramm an den Volksgenossenschaft des Soldatenrates Berlin abgefaßt:

Der Volksgenossenschaft des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates München nimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der deutschen Republik mit Enttäufung die unerbittliche Tatsache, daß noch immer kompromittierte Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Soli, David und Scheidemann entscheidenden Einfluss, besonders in der auswärtigen Politik, ausüben. Wir verlangen die sofortige Beseitigung dieser konterrevolutionären Elemente und fordern den Soldatenrat Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.

## Groß-Berlin.

### 9 Uhr Polizeistunde für Groß-Berlin.

Das Berliner Polizeipräsidium hat die Bestimmung erlassen, daß bis auf weiteres alle Schankwirtschaften um 9 Uhr abends geschlossen sein müssen. Der Ausschank von Wein und Branntwein ist für den ganzen Tag verboten. Die einschneidende Maßnahme ist nicht aus Anlaß der Kohlenknappheit beschlossen worden. Vielmehr geht die Demobilisierung und die damit verbundenen Schwierigkeiten, besonders in der Ernährung, den Erfolg dieser Maßnahme, Berlin hat in den nächsten Tagen Hunderttausende von Frontsoldaten zu erwarten. Die geordnete Unterbringung und Weiterleitung der Truppen, die aus den verschiedensten Waffengattungen sich zusammensetzen, gebietet, daß sich alles in größter Ruhe und Ordnung vollzieht. Ausschreitungen, hervorgerufen durch Trunkenheit, würden sich kaum vermeiden lassen, wenn Wein und Branntwein ungehemmt ausgetrunken werden dürften.

Aber auch auf die gesicherte Ernährung der bodenständigen Berliner Bevölkerung soll durch die Maßnahme ein günstiger Einfluss ausgeübt werden. Der Regierung muß daran gelegen sein in dem ohnehin schon überfüllten Berlin möglichst viel überflüssige Eßer so schnell als es geht in ihre Heimatorte gelangen zu lassen. Sonst tritt eine Ueberbevölkerung ein, für deren geordnete Verpflegung mit Lebensmitteln die Stadt Berlin nicht in der Lage ist. Die Einschränkung der Veranügen soll dazu beitragen, daß sich in Berlin nur der ruhige, der hier ansässig ist, den Soldaten, die nur Wein ausgetrunken und die durch die Verordnung in eine sehr unglückliche Lage gedrängt worden sind, ist angeraten. Künstlich Bier auszuschenken. Da die Maßnahme im Interesse der Allgemeinheit liegt und nur einige Wochen bestehen bleiben wird, ist anzunehmen, daß sich jedermann so gut es geht in die geordnete Lage schickt.

Versammlungen können stattfinden, jedoch darf nach 9 Uhr kein Ausklang mehr erfolgen. Straßenbahn und U-Bahn fahren in der bisherigen Weise weiter.

### Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs.

Anfolge der Kohlenknappheit hat sich der Verbrauchsanstieg des Groß-Berliner Kohlenverbandes veranlaßt gesehen, besondere Bestimmungen für die Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs zu erlassen. Demnach ist Ladengeschäften die Entnahme von Gas und elektrischem Strom nur in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags gestattet. Diese Bestimmungen gelten nicht für Verkaufsstellen von Kohle, Lebensmittel und für Freizeitschäfte. Gastwirtschaften jeder Art, auch Hotelrestaurants und Cafés dürfen nach 10½ Uhr abends weder Gas noch elektrischen Strom zu Beleuchtungs Zwecken entnehmen. In Lichtspieltheatern darf für Vorführungs Zwecke nur in der Zeit von 8 Uhr 15 Min. bis 10 Uhr 15 Min. elektrischer Strom verbraucht werden; Sonntag in der Zeit von 4 bis 10 Uhr. Sondervorstellungen follicher Art sind unzulässig. Auch die Theater sind zu einer wesentlichen Einschränkung des Stromverbrauchs verpflichtet.

In Wohn- und Schlafräumen darf zur Beleuchtung der Wohn- und Schlafräume nicht mehr als eine Glühlampe von höchstens 50 Kerzen Leuchtkraft oder zwei Glühlampen in einer Stärke von höchstens je 22 Kerzen für den einzelnen Raum verwendet werden. Für die Büroräume von Behörden, Banken, industriellen, gewerblichen und Handelsunternehmen wird von Einschränkungen zunächst Abstand genommen, in der Voraussetzung, daß der Verbrauch von Gas und elektrischer Arbeit zu Beleuchtungszwecken mit Rücksicht auf die allgemeine Kohlennot auf ein für die Betriebsverhältnisse erträgliches Mindestmaß eingeschränkt wird. In den industriellen Betrieben wird an Stelle der achtstündigen Arbeitsschicht eine 5-6 Stunden Schicht treten. Wenn ein Betrieb nur mit einer einzigen Tagesschicht arbeitet, so ist diese zwischen 9 und 6 Uhr zu legen.

### Die Lohnfragen der Kuriers und Angestellten des Volksgenossen Berlin.

Einige Tagesblätter haben die Nachricht gebracht, daß der Volksgenossenschaft Kurieren 40 Mark, Schreibmaschinenmännern 25 Mark als tägliche Löhne begab. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die Kuriers erhalten bis zur endgültigen Regelung der Lohnfrage 30 Mark, die Schreibmaschinenmännern 18 Mark täglich, bei täglich 10stündigem Dienst. Arbeiter Genossen!, Freitag, 20. November, 10 Uhr vormittags, findet im großen Saal des Lehrers-Vereins, Haus 2 eine Versammlung aller Arbeiter Räte Groß-Berlins statt. Die Tagesordnung wird demnächst bekanntgegeben. Der Volksgenossenschaft der A. u. S. Räte Groß-Berlins.

